
MAINZER ERKLÄRUNG

**zur Ausweitung
kommunaler und regionaler Entwicklungszusammenarbeit
und zur Förderung
der Informations- und Bildungszusammenarbeit**

(Verabschiedet am 4. November 1988 in Mainz zum Abschluß des Kongresses
„Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“,
veranstaltet vom Nationalen Organisationskomitee der Nord-Süd-Kampagne des Europarats,
vom Rat der Gemeinden Europas – Deutsche Sektion, der Deutschen Welthungerhilfe,
terre des hommes und der Stadt Mainz)

Unsere „Eine Welt“ ist in ernster Gefahr. Bedroht durch zunehmende globale Umweltzerstörung, wachsende Armut, steigende Verschuldung und ungezügelter Rüstungskosten sind einschneidende Veränderungen auf allen Ebenen in Nord und Süd erforderlich. Ohne aktive Beteiligung der Betroffenen wird es nicht möglich sein, eine Veränderung der politischen Prioritäten und Zielsetzungen zu erreichen. Das gilt auch für die BürgerInnen und ihre Institutionen in der Bundesrepublik.

Während sich die ökonomische und politische Kluft zwischen armen und reichen Staaten immer noch unaufhaltsam weiter öffnet, wachsen zugleich Ohnmachtsgefühle, aber auch der Wille zu aktiver Beteiligung in unserer Gesellschaft.

Diese Einsichten werden inzwischen auch von der Erkenntnis beeinflusst, daß globale Strukturveränderungen nur durchgesetzt werden können, wenn sie von den davon Betroffenen in Nord und Süd selbst gestaltet und als Beitrag auch im langfristigen Eigeninteresse gewollt werden. Immer mehr Menschen suchen nach konkreten Möglichkeiten, sich diesen globalen Herausforderungen zu stellen. Sie spüren die Gefahren, die sich daraus entwickelt haben, daß die gemeinsamen Menschheitsideale Gerechtigkeit, Menschenwürde, Frieden und Freiheit zu Privilegien einer Minderheit geworden sind und die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung davon nach wie vor ausgeschlossen ist.

Nord-Süd

Kampagne

des

Europarats



In fast allen gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen sind globale Denkansätze noch in Minderheitspositionen. Häufig stehen kurzfristige Interessen den notwendigen langfristigen Strukturveränderungen im Wege. Die Parteien- oder Organisationszugehörigkeit spielen dabei in der Regel eine untergeordnete Rolle.

Der Kongreß „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ im Rahmen der Nord-Süd-Kampagne des Europarats als erstes Treffen von lokalen Nord-Süd-Foren, NRO und Vertretern aus dem kommunalen Bereich, erklärt deshalb:

- Das innerhalb der Nord-Süd-Kampagne auf nationaler wie lokaler Ebene erreichte breite gesellschaftliche Bündnis stellt eine neue Qualität in der Entwicklungszusammenarbeit dar und muß weiter ausgebaut und weitergetragen werden. Die Kooperation der sonst in getrennten Bereichen arbeitenden lokalen Initiativen, Institutionen, Kirchen, Gewerkschaften und kommunalen Entscheidungsträgern stellt für alle Beteiligten eine bereichernde und für die Weiterarbeit positive Erfahrung dar.
- Der Gründungsprozeß lokaler Nord-Süd-Foren soll weiter vorangetrieben werden. Wir stehen erst am Anfang. Der Gedanke kommunaler Entwicklungszusammenarbeit muß in alle 8700 Städte, Gemeinden und Landkreise des Bundesgebietes getragen werden.

Ziel ist es, bei den BürgerInnen auf möglichst breiter Ebene nicht nur die Einsicht in die Interdependenz und das Engagement für die Solidarität mit den Menschen der „Dritten Welt“ zu fördern und konkrete Arbeit vor Ort daraus abzuleiten, sondern darüberhinaus Bewußtsein über die Ursachen der existierenden Ungleichgewichte zwischen Nord und Süd zu stärken:

- Der Gründungsprozeß lokaler Foren soll nicht zentral gesteuert, sondern auf der Grundlage einer Plattform mit eigener thematischer Schwerpunktbildung, den das jeweilige lokale Bündnis sich selbst erarbeitet, gestaltet werden.
- Die Vernetzung der lokalen Foren, die Organisierung eines permanenten Erfahrungsaustausches auf Länder-, auf nationaler und auf europäischer Ebene ist notwendige Voraussetzung für die angestrebte Prioritätenverschiebung. Die Aufgabe einer europäischen Vernetzung stellt sich umso mehr, als daß die europäische Integration stark von ökonomischen Motiven (europäischer Binnenmarkt '92) vorangetrieben wird.
- Den Bundesländern als direkten Ansprechpartnern der Gemeinden im föderativen Staatsaufbau kommt in Zukunft eine wachsende Bedeutung zu; speziell im Hinblick auf die Förderung langfristiger Finanzierungsmöglichkeiten für kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Informations- und Bildungsarbeit.
- Der Kongreß begrüßt, daß die Stadt Mainz mit der Einrichtung des „Europäischen Büros für kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ eine Initiative zu einer über das Ende der Europaratskampagne hinausreichenden bundesweiten Koordinationsstelle ergriffen hat. Damit ist ein hoffnungsvoller Anfang gemacht, um auf nationaler Ebene die verschiedenen Arbeitsansätze und Erfahrungen lokaler Foren sinnvoll zu unterstützen und durch Arbeit an gemeinsamen Schwerpunkten zu stärken. Zugleich kann das Koordinationsbüro die Verbindung zu ähnlichen Aktivitäten anderer europäischer Staaten herstellen und aufrechterhalten.

Der Kongreß unterstützt den „Madriider Aufruf zum Handeln“ *) vom 3. 6. 1988, in dem es zu den Aufgaben für Gemeinden und Regionen u. a. heißt:

- weiterhin im Sinne einer Schärfung des Bewußtseins der staatlichen Behörden und der öffentlichen Meinung in Europa über Nord-Süd-Interdependenz und Solidarität zu wirken;
- sich voll an Anschlußaktivitäten im Gefolge der Nord-Süd-Kampagne zu beteiligen;

- Informationen und Dokumentationen über Nord-Süd-Aktivitäten im Entwicklungsbereich zwischen nationalen und internationalen Organisationen, von Gebietskörperschaften und Nicht-regierungsorganisationen zugunsten der Entwicklung, insbesondere im Bereich der Entwicklungserziehung, zu fördern;
- die Arbeit anderer geeigneter internationaler Institutionen in Europa und im Süden zu unterstützen, welche Programme zur Nord-Süd-Zusammenarbeit und zur Entwicklung aufgelegt haben.

Der Kongreß weist darauf hin, daß sich für alle Beteiligten an der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit ein weites Feld an konkreten Betätigungsmöglichkeiten erschließt und regt an, daß insbesondere Kommunen, NRO, lokale Nord-Süd-Foren und andere Initiativen z. B. eintreten für:

- die Unterstützung von Informations- und Bildungsarbeit von lokal arbeitenden Gruppen und Institutionen;
- die Bereitstellung von Räumen, Sachmitteln und Personalkosten für die Arbeit lokaler Foren;
- Förderung lokal verwurzelter Projektaktivitäten, Unterstützung von Projekten der Aktionen „Solidarität Wasser“, „Solidarität der Tat“ und andere;
- Schaffung und Ausstattung einer Haushaltsstelle im kommunalen Haushalt zur Unterstützung nord-süd-bezogener Informations- und Bildungsarbeit sowie zur Förderung lokal verankerter Projektarbeit;
- die Durchführung regelmäßiger „Dritte Welt“-Tage oder -Wochen durch lokale Foren und Kommunen;
- die Einrichtung und Förderung lokaler und regionaler Informations-, Dokumentations- und Dienstleistungszentren, die allen interessierten Gruppen und Einzelpersonen offenstehen;
- die Einrichtung von Koordinationsstellen für Entwicklungszusammenarbeit in den Kommunen in Kooperation mit lokalen Gruppen;
- die Benennung fester Ansprechpartner innerhalb der Ratsfraktionen und der Kommunalverwaltung;
- die Diskussion des „Kölner Aufrufs“*) vom 19. September 1985 in den Kommunalparlamenten mit dem Ziel, die dort formulierten Forderungen zur Richtlinie für die eigene kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu machen bzw. eigene Zielvorstellungen zu erarbeiten und zu verabschieden;
- Schaffung von Gesprächsplattformen über lokale, nationale und europäische Nord-Süd-Politik mit den KandidatInnen für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europaparlamente;
- In jeder Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland leben Menschen aus sog. Entwicklungsländern, die wachsender Diskriminierung ausgesetzt sind. Es sollte alles versucht werden, sie in die lokale Nord-Süd-Arbeit mit einzubeziehen und ggf. am Aufbau von Ausländer-Zentren mitzuarbeiten;
- Förderung von kommunalen Nord-Süd-Partnerschaften (formalisiert oder nicht-formalisiert);
- Einbeziehung von Schulen, Volkshochschulen, Museen, Theater und anderen Institutionen in die kommunale Entwicklungszusammenarbeit;
- sorgfältige und systematische Auswertung der Lehrmaterialien von Bildungseinrichtungen aller Stufen;

- Förderung der Initiativen zu „interkulturellem Lernen“;
- Förderung von Schulpartnerschaften;
- Beendigung von in Denkmälern und Straßennamen zur Schau gestellter Verherrlichung kolonialer Unterdrückung (Umbenennungs- und Umgestaltungsaktionen);
- Bewußtmachung der Interdependenz-Dimension am Beispiel lokal ansässiger, international operierender Unternehmen;
- Überprüfung der Auswirkungen kommunalen Handelns auf die „Dritte Welt“ (z. B. Tropenholzverwendung etc.);
- Unterstützung von Eine-/Dritte-Welt-Läden;

Interdependenz und Solidarität Global denken – lokal handeln Von der Wohltätigkeit zur Gerechtigkeit

Dies waren zentrale Leitmotive der Nord-Süd-Kampagne in der Bundesrepublik. Lokales Handeln, die direkte Interaktion von Bürgern, Institutionen und Politikern auf kommunaler Ebene kann mit dazu beitragen, die Zerstörung der Biosphäre unserer „einen Welt“ aufzuhalten und allen „Weltbürgern“ ein menschenwürdiges Leben ohne Hunger, Unterdrückung und Ausbeutung in Frieden zu ermöglichen.

Kommunale Nord-Süd-Arbeit soll dazu beitragen, Diskussions- und Veränderungsprozesse zu fördern. Damit kann auf lokaler Ebene ein Beitrag zur notwendigen Veränderung im Nord-Süd-Verhältnis unserer Gesellschaft, aber auch in Europa und den globalen Strukturen geleistet werden. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

- *) Den „Kölner Aufruf“, den „Madriider Appell“ und die „Mainzer Erklärung“ erhalten Sie bei:
- Büro für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz, Rathaus, 6500 Mainz
 - terre des hommes, Ruppenkampstraße 11 a, 4500 Osnabrück
 - Deutsche Welthungerhilfe, Adenauerallee 134, 5300 Bonn 1

Nord-Süd

Kampagne

des

Europarats

